

Aung San Suu Kyi ist sich dieser Problematik bewusst. Sie ist daher um eine Annäherung an das Militär bemüht, die auch deshalb notwendig ist, weil Aung San Suu Kyi ohne Zustimmung des Militärs nicht zur Präsidentin gewählt werden kann. Laut Verfassung dürfen nämlich Staatsbürger, deren Familienangehörige eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen oder besessen haben, nicht Präsident werden. Da Aung San Suu Kyi mit einem Ausländer verheiratet war, ist sie folglich nicht für das Amt des Staatspräsidenten qualifiziert. Es bedürfte einer entsprechenden Verfassungsänderung, die nur mit der Zustimmung des Militärs durch das Parlament gebracht werden kann. Aung San Suu Kyi drängt daher bereits

jetzt auf eine Änderung der Verfassung, jedoch ist unklar, ob es noch vor den Wahlen in 2015 dazu kommen wird. Das Militär und die USDP würden einer Verfassungsänderung vermutlich nur zustimmen, wenn diese Teil einer breiteren politischen Übereinkunft wäre, die sicherstellen würde, dass ihre Interessen auch nach einer Machtübernahme durch die NLD gewahrt blieben. Wie eine derartige Übereinkunft aussehen könnte, ist noch unklar. Allerdings gibt es in der NLD offenbar bereits Überlegungen, nach den Wahlen in 2015 eine Koalitionsregierung mit der USDP zu bilden. Dies sind positive Anzeichen, die darauf hindeuten, dass die notwendigen politischen Kompromisse möglich sind. ■

*Matthias Heise*

## Islam trifft Demokratie – das Beispiel Indonesien

*Indonesien ist das größte muslimisch geprägte Land mit einer demokratischen Verfassung. Wie hier beides miteinander vereinbart wird und wo dabei die Schwierigkeiten liegen, wird im Folgenden skizziert.*

**R**ein theoretisch – und damit jenseits aller Vorurteile – sind Islam und Demokratie zunächst einmal kompatibel. Auf der einen Seite steht eine Herrschaftsform, auf der anderen Seite eine Glaubensauslegung, die zu den drei großen monotheistischen Weltreligionen gehört. Annehmbar ist, dass jedwede Form der Herrschaftsausübung mit verschiedenartigen Glaubensrichtungen frei kombinierbar ist. Sowohl die christlichen als auch die islamischen Gemeinschaften greifen auf einen Wertekanon zurück, der sowohl mit charismatischen (Max Weber) als auch legalen, kollektiven Formen der Herrschaftsausübung, wie jener der Demokratie, einhergehen kann. Doch alle Theorie bliebe bekanntlich grau, würde sich das Verhältnis von Islam und Demokratie nicht an einem



**Matthias Heise**

ist Promotionsstipendiat und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie und Politikwissenschaft der TU Dortmund. Kürzlich hat er den Band *Indonesia's Search for Democracy. Political, Economic, and Social Developments* (Nomos 2013) herausgegeben.

matthias.heise@tu-dortmund.

realen Beispiel illustrieren lassen: Indonesien, das größte muslimisch geprägte Land der Erde mit schätzungsweise 250 Millionen Einwohnern, besitzt eine demokratische Verfassung.

Die junge indonesische Republik erlebte ihre demokratische Renaissance mit dem Systemumbruch 1998. Demokratie ist für Indonesien kein Fremdwort. Im Gegenteil, das Land blickt auf eine demokratische

Erfahrung zurück. Dies schließt zum einen die politische Kultur und die tolerante Einstellung gegenüber Religionen als auch die historischen Erfahrungen seit der im Jahr 1949 errungenen Unabhängigkeit von den Niederlanden ein. Indonesiens »Gründungsväter« Sukarno und Hatta etablierten ein politisches System, das sich in jungen Jahren dem Einfluss nicht-säkularer muslimischer Bestrebungen ernsthaft und erfolgreich widersetzte. Es fußte auf einem ideologischen, gegenüber der landesüblichen Vielfalt der Religionen relativ neutral ausgerichteten, Fundament, der sogenannten »Pancasila«.

Ziel der »Pancasila« ist es (gewesen), aus den verschiedenen Ethnien, Nationalitäten, Religionen und Kulturen eine nationale Einheit zu formen, ohne die Diversität des indonesischen Inselstaats mit mehr als 350 Völkern zu ignorieren, wenngleich sie lediglich fünf, später sechs große Religionen (Islam, protestantisches und katholisches Christentum, Hinduismus, Buddhismus, 1998 durch Präsident Abdurrahman Wahid um den Konfuzianismus ergänzt) anerkannte. Die »Pancasila« unterbindet in ihrem ersten Leitsatz die Existenz einer Staatsreligion, gleich welcher »Couleur«, und postuliert lediglich den Glauben an den einzigen und wahrhaftigen Gott. Islamistische Bestrebungen, nach dem Fall des autoritären Suharto-Regimes 1998, den Islam in einem Verfassungszusatz als Staatsreligion zu verankern, scheiterten.

Die Unterbindung religiöser Freiheit, so selbst muslimische Intellektuelle wie der frühere Staatspräsident Wahid, widerspräche der Verfassung und der mit ihr verknüpften Pluralität und Liberalität (!) der indonesischen Gesellschaft. Und der Anthropologe Robert W. Hefner unterstreicht, dass die Ideen von Demokratie, Zivilgesellschaft, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit nirgendwo in der muslimischen Welt so sehr von vielen Intellektuellen unterstützt würden wie von jenen Vertretern

des (zivilen) indonesischen Islam. Nicht unbedeutend ist in diesem Zusammenhang das Ansinnen, im vierten Leitsatz der indonesischen Staatsideologie die Demokratie wortwörtlich zu verankern, was auf die muslimische Praxis der »mufakat« (Konsens) und der »musyawarah« (Konsultation, vorgenommen durch die Repräsentanten im Parlament) zurückzuführen ist. Beide Leitsätze – religiöser Pluralismus und Demokratie – dienten in den 90er Jahren den Kritikern des autoritären Suharto-Regimes als Legitimation für die prodemokratische Bewegung und den Schutz des Pluralismus.

Was Indonesien so besonders macht, ist die prodemokratische Unterstützung durch islamische Gruppierungen im Zuge des Transformationsprozesses. Sowohl der Einfluss der von Wahid vormals geführten islamischen Organisation »Nahdlatul Ulama« (NU) als auch die »Muhammadiyah«, zusammen die beiden größten muslimischen Organisationen Indonesiens mit ca. 60 Millionen Mitgliedern, ist hierbei unübersehbar: Die NU lehnt grundsätzlich Interpretationen des Korans ab, die die Errichtung eines Kalifats oder eines islamischen Rechtssystems (Scharia) einfordern und steht damit in strenger Opposition zu Vereinigungen wie der ägyptischen Muslimbrüderschaft. Die Muhammadiyah lehnt radikale und gewalttätige Deutungen des Islam ab und unterstreicht das individuelle Bewusstsein, über das jeder Mensch von Geburt an verfüge und in dem sich die Stimme Gottes äußere (»vox populi vox dei«). In öffentliche Entscheidungen könne und müsse daher jeder Einzelne involviert werden, und sei es, bei Abwesenheit von Konsens, durch eine Abstimmung. Der indonesische (»Mainstream«-) Islam ist deshalb sehr wohl mit Demokratie kompatibel, knüpft er doch an die javanische Tradition an, welche, wenn man dem Wissenschaftler und Journalisten Adam Schwarz folgt, moralische Überhöhung und intoleranten Exklusivismus ablehnt.

### **Antidemokratische Schattenseiten**

Auf der anderen Seite kann die Existenz von islamistischen, d.h. antidemokratischen Kräften in Indonesien nicht geleugnet werden. Jene, die die Einheit von Islam und Politik propagieren, verfolgen dieses Ziel mit unterschiedlichen Mitteln: Für sich sprechen die Terroranschläge auf der bei Touristen beliebten Insel Bali (2002 und 2005) oder auf die Marriott- und Ritz-Carlton-Hotels in der Hauptstadt Jakarta (2009). Dies lehrt einen differenzierten Umgang mit dem Islam in Indonesien und rückt die antidemokratische, radikal-islamische Schattenseite in den Fokus. Nennenswert sind hier der indonesische Ableger der südost-asiatischen Organisation *Jemaah Islamiyah* (JI) oder die *Front Pembela Islam* (FPI, islamische Verteidigungsfront), welche in der indonesischen Bevölkerung gegenwärtig wenig Rückhalt finden, jedoch in der Transitionsphase von Teilen des politischen Establishments goutiert wurden. Suharto liberalisierte zwar zaghaft Bereiche der Wirtschaft und Teile des politischen Lebens, denn er scheute nach 30 Jahren Regentschaft in seiner gelenkten Demokratie nichts weniger als den vollständigen Machtverlust. Doch jenseits der instrumentalisierten Liberalisierung suchte Suharto in den radikal-islamischen Organisationen Verbündete, um den wachsenden Machtanspruch des Militärs und prodemokratischer Kräfte zu balancieren. Aus jener unheilvollen Allianz erwächst noch heute Misstrauen gegenüber radikalen Gruppierungen. Hinzu kommt, dass Suharto die Staatsideologie der Pancasila von ihrem neutralen Ursprung entfernt und über den Leitsatz der Einheit von Herrscher und Beherrschten zu einer machtabstabilisierenden Herrschaftsdoktrin umfunktionierte.

Die massenhaften Proteste einer selbstbewussten Zivilgesellschaft, angereichert um die wirtschaftlich harten Begleiterschei-

nungen der Asienkrise 1997, ebneten über die Revision der Verfassung einem auch de facto demokratischen System ab 1998 den Weg in die Post-Suharto-Ära (in Indonesien als *reformasi* bezeichnet). Dies zeugt erstens von dem bürgerlichen Wertebewusstsein (in) der Zivilbevölkerung, Mitbestimmungsrechte einzufordern, und zweitens von dem Ansinnen, dass sich der politische Islam in Indonesien auch in einem parteipolitisch liberalisierten Umfeld nicht durchsetzen möge. Die Verbannung der Idee, Islam und Politik zu verschmelzen, gilt mit Blick auf die Verfassung jedoch keineswegs als irreversibel, da radikale Strömungen unaufhörlich eine Umkehr einfordern.

Der Fall Indonesien zeigt also in faszinierender Weise einerseits, wie Islam und Demokratie zueinander finden können. Auf der anderen Seite sollte jenseits einer fallspezifischen Prüfung der Vereinbarkeit von Islam und Demokratie nicht der Fehler begangen werden, der Demokratie auch universale Wurzeln abzusprechen. Zu oft schon ist sowohl von »westlichen« Forschern als auch asiatischen Politikern auf der Grundlage originär »asiatischer« Werte behauptet worden (ohne zu klären, worin jene bestehen sollen), die Demokratien Asiens könnten oder sollten nicht dem sogenannten westlichen Wertekanon folgen. Dieses Argument diente Suharto einstmals dazu, ein autoritäres politisches System durch eine missbräuchliche Verwendung des Demokratiebegriffs zu rechtfertigen – und ruinierte in der Konsequenz ihr Ansehen. Sich für die Vollendung der Demokratie in Asien einzusetzen, bleibt ein lohnenswertes Unterfangen, das praktisch wie theoretisch immer auf den konkreten Fall bezogen sein sollte. ■